
Über Revolutionen: Ursachen, Versprechen, Folgen

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
in Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

16.-17. März 2017, Berlin

Über die Ursachen, Versprechen und Folgen von Revolutionen im Allgemeinen wie im Besonderen diskutierten auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam Historiker, Soziologen, Literatur-, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler aus dem In- und Ausland. Anlass war das 100-jährige Jubiläum der russischen Revolutionen des Jahres 1917. Zum Auftakt der Konferenz kennzeichnete der DDR-Bürgerrechtler und Bundestagspräsident a. D. WOLFGANG THIERSE (Berlin) die friedliche Revolution von 1989 als „vielfachen Ausbruch aus dem Gefängnis der Angst“. Als Lehre von 1989 begreift er die Überwindung geschlossener, eingesperrter Gesellschaften: In ihnen herrsche Stillstand und sie seien nicht überlebensfähig. Mit Blick auf die derzeit allgegenwärtige populistische Versuchung warnte er vor einer „Art Konterrevolution“, in der sich autoritärer Nationalismus und Wohlstandschauvinismus durchsetzten. Die Aussage des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der angesichts des Flüchtlingsstroms aus Syrien gesagt habe: „Niemand kann verlangen, dass Ungarn sich ändert“, nannte Thierse fatal. Zugleich sei sie ein Zeugnis der wohl in Europa weit verbreiteten Angst vor Veränderungen. Er sieht die Zeit gekommen, eine kritische Bilanz der Transformationszeit zu ziehen und appellierte – eingedenk der europäischen Revolution von 1989/91 –, die „liberale, rechts- und sozialstaatliche Demokratie als politische Lebensform unserer Freiheit zu verteidigen“.

In Russland ist das Jubiläum der Februar- und Oktoberrevolution bislang kein Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Als Grund dafür machte LIUDMILA NOVIKOVA (Moskau) in ihrem Vortrag die Angst des Regimes vor dem Ausbruch von Massenprotesten wie dem Euromaidan 2013/14 aus. Revolution bedeute eine Gefährdung von Herrschaft und sei daher in der politischen Debatte und in den Staatsmedien ein Tabu. Demgegenüber hätten russische Historikerinnen und Historiker viele neue Deutungsangebote. So würde die russische Revolution heute komparativ analysiert, Ereignisse in einer längeren Perspektive betrachtet und dekolonialistische Perspektiven eingebracht. JACK A. GOLDSTONE (Arlington/Virginia) spannte in seinem Vortrag einen breiten Bogen von den Revolutionen der Moderne, die in Monarchien und Imperien stattfanden, bis zu den Revolutionen von 1989/91. Revolutionen könnten im-

mer dann auftreten, so Goldstone, wenn die politischen Institutionen versagten und die Bevölkerung und die Eliten die Regierung nicht mehr unterstützten. Ein festes Muster gebe es nicht, Formen und Folgen von Revolutionen unterschieden sich von Mal zu Mal. Dieser breite Revolutionsbegriff Goldstones wurde in der anschließenden Diskussion einerseits aufgenommen, indem zum Beispiel die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten als revolutionäres Ereignis diskutiert wurde. Zugleich wurde jedoch bezweifelt, ob ein derart breites Konzept für die Anwendung in der sozialwissenschaftlichen Forschung sinnvoll sei.

Mit dem Revolutionsbegriff bei Hannah Arendt setzte sich HELMUT KÖNIG (Aachen) auseinander. Zentrales Moment der Arendt'schen Revolutionstheorie sei der Begriff der Freiheit. Im Wesentlichen gehe es bei Revolutionen um die Errichtung einer dauerhaften, institutionellen Ordnung der Freiheit. Diese sei die Voraussetzung zur Lösung der sozialen Frage: die Befreiung von Armut und Elend. Daran, ob das gelingt, sei der Erfolg der Revolution zu messen. Dass dieser Befund nicht nur für die Amerikanische und Französische Revolution gilt, die Arendt maßgeblich für ihre Theoriebildung nutzte, zeigen die Revolutionen der Gegenwart.

ASEF BAYAT (Illinois/Berlin) und KATERYNA MISHCHENKO (Kiew) wandten die Arendt'schen Kategorien auf den Arabischen Frühling und den Euromajdan in der Ukraine an. Bayat charakterisierte den Arabischen Frühling als „Revolution ohne Revolutionäre“. Da Freiheit nur im negativen Sinne – als Befreiung von etwas – wichtig gewesen sei, handele es sich nicht um eine Revolution im traditionellen Sinne. Die Proteste seien in einem Zeitalter passiert, in dem Wahlen wichtig und entscheidend seien. Da es den Muslimbrüdern und nicht den Protestierenden gelungen sei, die Bevölkerung für die Wahlen zu mobilisieren, hätten erstere auch die Veränderungen nach den Protesten bestimmt. Ein wichtiger mobilisierender Faktor für die Proteste sei die soziale Frage gewesen.

In der Ukraine sei diese hingegen, so Mishchenko, nicht von Bedeutung gewesen. Vielmehr habe ein klassisches Legitimitätsdefizit zu den Protesten geführt. Der Majdan sei eine Art Experimentierraum gewesen, in dem, wie sie in Bezug auf Judith Butler ausführte, vor allem das Zusammenkommen der Menschen und ihrer Körper wichtig gewesen sei. Eine politische Sprache habe den Aktivistinnen und Aktivisten hingegen gefehlt, und auch der durch den Majdan gestärkten Zivilgesellschaft fehle politisches Denken. Mishchenko plädierte dafür, stärker über strukturelle politische Fragen nachzudenken und den Diskurs nicht auf den andauernden Krieg im Osten des Landes zu beschränken.

Nach der Diskussion im Plenum erörterten die Referenten in vier parallel stattfindenden Panels die verschiedenen Facetten der Oktoberrevolution. Im ersten Panel ging es um die Memorialisierung der Oktoberrevolution. Zu den Teilnehmern der Diskussion gehörten zwei Autoren der Publikation „100 Jahre Roter Oktober“, die vom ZZF Potsdam herausgegeben worden ist. In dem Band wird anhand der Jubiläumsdekaden der Oktoberrevolution die Entwicklung des kommunistischen Projekts bis in die Gegenwart aus sowjetischer bzw. russischer

wie internationaler Sicht dargestellt. MACIEJ GÓRNY (Warschau/Jena) und JULIANE FÜRST (Bristol) präsentierten bei der Tagung ihre Befunde zu den Jahrestagen 1957 und 1977. JEAN-FRANCOIS FAYET (Fribourg) beschäftigte sich mit der Bedeutung des festlich inszenierten Massenspektakels für die visuelle und erinnerungskulturelle Kanonisierung der Ereignisse im Oktober/November 1917 im darauffolgenden Jahrzehnt. Die damit seit 1927 etablierte phantastisch-manipulative Überhöhung des Geschehens wurde in den folgenden Jahrzehnten ritualisiert und, wie Górny und Fürst zeigten, zunehmend von der ernüchternden Wirklichkeit der kommunistischen Diktatur eingeholt und ausgehöhlt – sei es im Zeichen antikommunistischer Revolten und Revolutionen in der DDR, Polen und Ungarn 1953 und 1956, sei es im Zeichen von bescheidenem Wohlstand und politischen Stillstand der 1970er-Jahre.

Im zweiten Panel diskutierten die Referenten an den Beispielen Georgien und Finnland sowie an der Entwicklung in Zentralasien und der Mongolei die Auswirkungen der Oktoberrevolution an der Peripherie. Dabei wurde deutlich, welche unterschiedlichen Konsequenzen die Revolution für einzelne Regionen des Russischen Imperiums hatte und wie unterschiedlich die Revolution heute erinnert wird. IRINA MOROZOVA (Regensburg) berichtete über die Versuche der Bolschewiki, unter den traditionellen Eliten Zentralasiens Verbündete für die autoritäre Modernisierung zu finden. OULA SILVENNOINEN (Helsinki) erklärte, wie sich die finnische Nationalbewegung zunächst radikalisierte und es dann 1918 zum finnischen Bürgerkrieg zwischen Roten und Weißen und der finnischen Intervention im Baltikum kam. Heute überwiegt in Helsinki die Erinnerung an die erlangte Unabhängigkeit, die anschließend militärisch verteidigt werden musste. Über die heute fast vergessene Sozialistische Republik in Georgien, die erst zu Beginn der 1920er-Jahre gewaltsam in die UdSSR eingegliedert wurde, sprach ZAAL ANDRONIKASHVILI (Berlin). Diese erste Phase der Unabhängigkeit beginnt, wieder eine größere Rolle im öffentlichen Bewusstsein der kaukasischen Nation zu spielen.

Mit der Ästhetik der Russischen Revolution beschäftigten sich ROLAND CVETKOVSKI (Köln) und EKATERINA DEGOT (Köln). Cvetkovski stellte den Aspekt der Zeitlichkeit in den Vordergrund. Russische Kunsthistorikerinnen und -historiker hätten unmittelbar nach der Oktoberrevolution vor der Herausforderung gestanden, zum einen zu entscheiden, was mit der alten, aus der Vergangenheit stammenden Kunst geschehen solle. Zum anderen wollten sie eine neue Kunst für die Gegenwart schaffen und gaben dieser zugleich einen Zukunftsaspekt, indem sie im Museum kanonisiert und ausgestellt wurde. Degot beschäftigte sich mit der Beschaffenheit des sozialistischen Realismus und dessen post-abstrakter Form und zeigte verschiedene Beispiele. Die Kunst habe sich weg vom Abstrakten hin zum Figurativen entwickelt. Degot bezeichnete die Kunst als wenig revolutionär aus ästhetischer Sicht, da sie ähnliche Muster aufweise, wie sie schon aus dem französischen Realismus bekannt gewesen seien.

Im vierten Panel waren sich KERSTIN BRÜCKWEH (Potsdam), CARSTEN HERRMANN-PILLATH (Erfurt) und ALEXANDER LIBMAN (München) einig, dass Eigentumsvorstellungen einem anderen Rhythmus gehorchen als Revolutionen, da sie kulturell verankert seien und revolutionäre Umbrüche überdauerten. So zeigte Brückweh, wie ostdeutsche Eigenheimbesitzer nach der Wiedervereinigung an das liberal-individualistische Eigentumsverständnis anknüpfen

und das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ in der Praxis umkehren konnten. Libman demonstrierte, dass sich auch in Russland ein solches Eigentumsverständnis in den 1990er Jahren rasch ausbildete. Privateigentum an Produktionsmitteln, insbesondere an großen Industriebetrieben, sei hingegen durch den Verlauf der Privatisierung in den 1990er-Jahren und der skandalisierenden Darstellung dieser Ereignisse in den staatsnahen Medien in der Putin-Ära diskreditiert. Herrmann-Pillath warf die These auf, dass alle Eigentumsformen in Russland stets dem Primat staatlicher Entscheidungen unterworfen seien. Große Umbrüche in Russland seien dadurch gekennzeichnet, dass die neue politische Führung versprach, mit einer Änderung der Eigentumsordnung wie der Verstaatlichung (ab 1917, ab 1927), Privatisierung (ab 1986) oder Wiederverstaatlichung (ab 2003 im Rohstoffsektor) eine Modernisierung des Landes bewirken zu können, so dass das Land Anschluss an die Vereinigten Staaten und das westliche Europa gewinne.

Im Plenum diskutierten IRYNA BUSYGINA (Moskau), JOST DÜLFFER (Köln) und HARALD MÜLLER (Frankfurt/Main) die internationale Dimension von Revolutionen. Bestimmendes Thema der Debatte war die gegenwärtige Beziehung Russlands zum Westen. Müller vertrat die Meinung, dass Russlands Reaktion auf die Proteste auf dem Majdan in den Jahren 2013/14 voraussehbar gewesen sei, da die Nato sich nicht an ihr Versprechen gehalten habe, ihre Grenzen nicht weiter nach Osten zu verschieben. Diese Position wurde kontrovers diskutiert. Busygina stellte die These auf, dass die sogenannten „Farbrevolutionen“ in Georgien und der Ukraine ebenfalls durch außenpolitische Faktoren ausgelöst worden seien, da die Eliten sich an der Frage der Westorientierung gespalten hätten. Dieser Meinung wurde im Publikum widersprochen, vor allem in Georgien seien andere Faktoren entscheidend gewesen. Die Diskussion mit dem Publikum nahm wiederholt auf die Wahl Trumps und deren Deutung als (konservative) Revolution Bezug. Dülffer warnte daraufhin davor, den Revolutionsbegriff zu breit zu verwenden, da er dann seine analytische Schärfe verlöre.

4

Zum Abschluss der Tagung diskutierten MISCHA GABOWITSCH (Potsdam), RUPRECHT POLENZ (Berlin/Münster) und WOLFGANG TEMPLIN (Berlin) über die Revolutionen und Gegenrevolutionen von 1989 und danach. Polenz schlug vor, sich vom Begriff der Revolution zu distanzieren und sich stärker auf Inhaltliches zu konzentrieren. Gabowitsch plädierte dafür, von der Fokussierung auf die Politik Abstand zu nehmen und stärker die mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Die Debatte auf einzelne Personen zu konzentrieren, wie zum Beispiel Putin oder Trump, greife zu kurz. Templin ging auf aktuelle populistische Tendenzen in Ostmitteleuropa und insbesondere in Polen ein. In der Debatte über die Gründe für das Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland sprach sich Gabowitsch gegen eine Überbewertung der Kategorie „Identität“ aus, da sich mit diesem Analysekriterium in den Sozialwissenschaften nicht arbeiten lasse.

Die Tagung hat gezeigt, dass die Oktoberrevolution auch nach 100 Jahren ihre Kraft als Gradmesser für alle revolutionär anmutenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts nicht verloren hat. Die Panels boten einen guten Einblick in aktuelle Forschungsprojekte. Der insgesamt sehr breit

verwendete Revolutionsbegriff ermöglichte es zwar, viele Ereignisse einzubeziehen, trug an mancher Stelle allerdings auch zu analytischer Unschärfe bei. Auffällig war, dass viele Diskussionsteilnehmer das gegenwärtige Erstarken des Rechtspopulismus und vor allem den Amtsantritt Donald Trumps als einschneidende, wenn nicht gar revolutionäre Entwicklungen diskutierten. Wünschenswert wäre eine intensivere Auseinandersetzung mit den Entwicklungen nach 1989/91 gewesen. Diese waren nur ausschnittartig Thema der Diskussionen. Die Historisierung dieser Zeit steht also noch aus. Auch in Bezug auf den Euromajdan bleiben weiterhin viele Fragen offen. Angesichts der von Expertinnen und Experten derzeit konstatierten schleppenden Umsetzung der Reformen in der Ukraine bietet die Frage, warum die Protestierenden es nicht oder nur unzureichend geschafft haben, ihre Forderungen zu artikulieren, einen wichtigen Anknüpfungspunkt

Bericht: Sophie Schmäing